

Ergebnisprotokoll Gemeinderat

13.07.2026, Nr. GR 2026/08

öffentlich

1. Mitteilungen des Oberbürgermeisters

Beratungsergebnis: keine Punkte zur Beratung

2. Bekanntgabe von Beschlüssen aus nicht öffentlicher Sitzung

Beratungsergebnis: bekanntgegeben

Ergebnis:

Oberbürgermeister Dr. Rapp gibt folgenden Beschluss aus nicht öffentlicher Sitzung gekannt:

Verwaltungs- und Wirtschaftsausschuss 06.07.2026

Förderverein Burghaldentorkel e.V, der bestehende Pachtvertrag wurde geändert.

3. Schulentwicklungsplanung bis zum Schuljahr 2035/36

- Information zu den anstehenden Herausforderungen und weiteres Vorgehen

- Beschluss

Vorlage: 2026/171

Beratungsergebnis: einstimmig beschlossen

Ja 38 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Beschluss:

1. Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Planung für das notwendige Interim am Standort St. Christina zu planen und den Sachbeschluss für Herbst 2026 vorzubereiten.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, die notwendigen Mittel für den Doppelhaushalt 2027/28 und die Finanzplanung anzumelden.
4. Die Verwaltung wird beauftragt, den "Phase 0 Prozess" mit der GMS durchzuführen.

5. Die Verwaltung wird beauftragt, den Raumbedarf an den Gymnasien in Abstimmung mit dem Regierungspräsidium zu ermitteln.
6. Die Verwaltung wird beauftragt, geeignete Lösungen für den Raumbedarf der Realschule zu erarbeiten.

-
4. Kooperation und Konzentration in der Kultur
 - Kenntnisnahme Konzept "Kooperation und Konzentration in der Kultur"
 - Sachbeschluss städtische Bühnen Frauentor
 - Grundsatzbeschluss Umnutzung Oberschwabenhalle
 - BeschlussVorlage: 2026/189

StR Waidmann (FDP) stellt einen Antrag zur Geschäftsordnung auf Absetzung des TOPs.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt
Ja 2 Enthaltung 1 Nein 35

Hinweis:

StR Frey (CDU) und **StR Mayer (SPD)** erklären sich für teilweise befangen und nehmen an der Beratung und der Beschlussfassung (**StR Frey** zu Ziff. 2, **StR Mayer** zu Ziff. 6) nicht teil, sie verlassen den Ratstisch und nehmen im Zuschauerbereich Platz.

Hinweis:

Es wird über die einzelnen Ziffern getrennt und in veränderter Reihenfolge abgestimmt.

Beratungsergebnis: mehrheitlich beschlossen
Ja 36 Nein 2 Enthaltung 0 Befangen 0

Beschluss:

3. Der Umnutzung der Oberschwabenhalle zu einer wettkampffähigen Großsporthalle wird im Grundsatz zugestimmt. Vor einem Sachbeschluss im Herbst 2026 sind dem Gemeinderat vorzulegen:
 1. eine unabhängige Überprüfung der Kostenseite im Hinblick auf die Investitionen und den künftigen Betrieb,
 2. einen Musterbelegungsplan für den Schulsport an städtischen Schulen unter besonderer Berücksichtigung der Wegezeiten.

Beratungsergebnis: mehrheitlich beschlossen
Ja 38 Nein 1 Enthaltung 0 Befangen 1

Beschluss:

6. Die Verwaltung wird gebeten, die Bemühungen um eine zukunftsfähige Aufstellung der beiden soziokulturellen Zentren fortzusetzen und zu gegebener Zeit im zuständigen Ausschuss zu berichten.

Beratungsergebnis: mehrheitlich beschlossen
Ja 37 Nein 0 Enthaltung 2 Befangen 1

Beschluss:

2. Die Anmietung der "Städtischen Bühnen am Frauentor" (Frauentorkino) wird beschlossen. Die erforderlichen Mittel für die Bühnentechnik und Ausstattung i. H. v. 1.500.000 € sind zum Doppelhaushalt 2027/2028 anzumelden.

Beratungsergebnis: mehrheitlich beschlossen
Ja 37 Nein 1 Enthaltung 2 Befangen 0

Beschluss:

5. Die Verwaltung wird beauftragt, ein Konzept zur Begrünung und Entsiegelung des Freigeländes der Oberschwabenhalle zu erarbeiten. Insbesondere die Bedarfe der Klimaanpassung (Hitzehotspot/ Starkregen) und die Nutzbarkeit als Multifunktionsfläche sind dabei zu berücksichtigen.

Antrag der CDU-Fraktion, StRin Rommelspacher (CDU):

Sie beantragt – Satz 2 der Beschlussziffer 4 wie folgt zu ersetzen:

Die Verwaltung wird beauftragt, eine Konzeptausschreibung für einen jährlich auf maximal sieben Wochen begrenzten Betrieb von Messen und Veranstaltungen in einer Leichtbauhalle und eine mögliche Oberschwabenschau im verbleibenden Freigelände durchzuführen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich beschlossen
Ja 28 Nein 6 Enthaltung 6 Befangen 0

Da dies ein weiterführender Antrag ist, wurde somit folgender Beschluss gefasst:

Beschluss:

4. Das Freigelände der Oberschwabenhalle steht ab 2029 nicht mehr für die Oberschwabenschau in der bisherigen Form zur Verfügung. Die Verwaltung wird beauftragt, eine Konzeptausschreibung für einen jährlich auf maximal sieben Wochen begrenzten Betrieb von Messen und Veranstaltungen in einer Leichtbauhalle und eine mögliche Oberschwabenschau im verbleibenden Freigelände durchzuführen.

Antrag der CDU-Fraktion, **StR Sitta (CDU)**:

Er beantragt - Auf Basis der Machbarkeitsstudie wird die Fläche "Alte Gärtnerei" im Raueneck für eine öffentliche Bebauung freigehalten.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich beschlossen
Ja 37 Nein 0 Enthaltung 3 Befangen 0

Der Antrag wurde angenommen, somit ist folgender Beschluss gefasst:

Beschluss:

7. Auf Basis der Machbarkeitsstudie wird die Fläche „Alte Gärtnerei“ im Raueneck für eine öffentliche Bebauung freigehalten.

Beratungsergebnis: einstimmig beschlossen
Ja 40 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Beschluss:

1. Das Konzept "Kooperation und Konzentration in der Kultur" wird weiterverfolgt.

-
5. Bebauungsplan "Zwischen Albersfelder Straße und Am Reutehof " und die örtlichen Bauvorschriften hierzu
- Satzungsbeschluss
- Beschluss
Vorlage: 2026/131

Beratungsergebnis: einstimmig beschlossen
Ja 36 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Beschluss:

1. Die im Rahmen der öffentlichen Auslegungen und der Beteiligungen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange vorgebrachten Stellungnahmen werden nach Abwägung der öffentlichen und privaten Belange gegeneinander und untereinander gemäß Anlage Nr. 3.1 und Nr. 4.1 sowie Nr. 3.2 und Nr. 4.2 beschieden.
2. Den redaktionellen Änderungen gemäß Ziff. Nr. 4 der Vorlage wird zugestimmt.
3. Der Gemeinderat beschließt gemäß § 10 Baugesetzbuch (BauGB) i. V. m. § 74 Landesbauordnung (LBO) den vorhabenbezogenen Bebauungsplan "Zwischen Albersfelder Straße und Am Reutehof", bestehend aus Lageplan im Maßstab 1:500 vom 30.09.2025/ 20.02.2026 sowie die Textlichen Festsetzungen und örtlichen Bauvorschriften mit Planzeichenerklärung, jeweils vom 30.09.2025/ 20.02.2026 als Satzung.
Es gilt die Begründung vom 30.09.2025.

-
6. Satzung zur Änderung der Betriebssatzung für den Eigenbetrieb "Städtische Entwässerungseinrichtungen"
- Anpassung der Wertgrenzen an die Hauptsatzung
- Beschluss
Vorlage: 2026/067

Beratungsergebnis: einstimmig beschlossen
Ja 36 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Beschluss:

1. Die Satzung zur Änderung der Betriebssatzung für den Eigenbetrieb "Städtische Entwässerungseinrichtungen" wird entsprechend der Anlage 1 beschlossen.

-
7. Satzung zur Änderung der Betriebssatzung für den Eigenbetrieb Betriebshof der Stadt Ravensburg
- Anpassung der Wertgrenzen an die Hauptsatzung
- Beschluss
Vorlage: 2026/100

Beratungsergebnis: einstimmig beschlossen
Ja 36 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Beschluss:

1. Die Satzung zur Änderung der Betriebssatzung für den Eigenbetrieb Betriebshof der Stadt Ravensburg wird entsprechend der Anlage 1 beschlossen.

-
8. Satzung zur Änderung der Betriebssatzung für den Eigenbetrieb "Städtische Wohnungen Ravensburg"
- Anpassung der Wertgrenzen an die Hauptsatzung
- Beschluss
Vorlage: 2026/176

Beratungsergebnis: einstimmig beschlossen
Ja 37 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Beschluss:

1. Die Satzung zur Änderung der Betriebssatzung für den Eigenbetrieb "Städtische Wohnungen Ravensburg" wird entsprechend der Anlage 1 beschlossen.

-
9. Wirtschaftsplan 2027/2028 des Eigenbetriebs Städtische Wohnungen Ravensburg
- Beschluss
Vorlage: 2026/192

Beratungsergebnis: einstimmig beschlossen
Ja 37 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Beschluss:

1. Der Wirtschaftsplan 2027 und 2028 des Eigenbetriebs "Städtische Wohnungen Ravensburg (SWO)" wird wie folgt festgesetzt:

	2027	2028
1.1 im Erfolgsplan:		
mit Erträgen von	3.428.100 €	3.790.700 €
und Aufwendungen von	4.362.603 €	4.311.084 €
Saldo (veranschlagtes Jahresergebnis)	-934.503 €	-520.384 €
1.2. im Liquiditätsplan mit Investitionsprogramm:		
mit Einzahlungen aus laufender Geschäftstätigkeit von	3.380.000 €	3.738.500 €
und Auszahlungen aus laufender Geschäftstätigkeit von	3.979.203 €	3.822.684 €
a) Saldo (Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf)	-599.203 €	-84.184 €
Einzahlungen aus Investitionstätigkeit von	7.636.800 €	1.338.950 €
und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit von	10.740.000 €	2.796.500 €
b) Saldo (Finanzierungsmittelbedarf aus Investitionstätigkeit)	-3.103.200 €	-1.457.550 €
c) Saldo aus a) und b) (Finanzierungsmittelbedarf)	-3.702.403 €	-1.541.734 €
Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit (aus Krediten u. ä.) und	3.103.200 €	960.000 €
Einzahlungen aus der Veränderung des Eigenkapitals	582.340 €	934.503 €
Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit (Tilgung von Krediten)	289.376 €	352.769 €
d) Saldo (Finanzierungsmittelüberschuss aus Finanzierungstätigk.)	3.396.164 €	1.541.734 €
e) Saldo des Liquiditätsplans aus c) und d)	-306.239 €	0 €
1.3. mit dem Gesamtbetrag	2027	2028
a) der vorgesehenen Kreditaufnahmen (Kreditermächtigung)	3.103.200 €	960.000 €
b) der Verpflichtungsermächtigungen	908.000 €	0 €
1.4. mit dem Höchstbetrag der Kassenkredite von	550.000 €	550.000 €
Die Kassenkredite werden von der Stadt im Rahmen der Einheitskasse abgewickelt (§§ 93, 96 und 98 GemO).		

2. Die Finanzplanung 2029 – 2031 des Eigenbetriebs "Städtische Wohnungen Ravensburg (SWO)" wird mit dem im Wirtschaftsplan 2027/28 festgesetzten Erfolgs- und Liquiditätsplan inkl. des Investitionsprogrammes bis 2031 beschlossen.

3. Die Verpflichtungsermächtigungen werden für das Folgejahr als übertragbar erklärt.

-
10. Neubau Grundschule Kuppelnau
- Veränderung der im Sachbeschluss geregelten Vergabeziele unter Neubewertung der zeitlichen Konsequenzen
- Beschluss
Vorlage: 2026/177

Beratungsergebnis: mehrheitlich beschlossen
Ja 36 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0

Beschluss:

1. Die Neubewertung einer 70 %-Quote an bepreisten LVs als Vorbedingung für die Weiterbeauftragung der Leistungsphasen 7 - 9 nach HOAI wird zur Kenntnis genommen.
2. Die Fertigstellung der Baumaßnahme zum Schuljahreswechsel 2029/30 bleibt übergeordnetes Projektziel. Um dies sicherzustellen, erfolgt eine Entkoppelung von Projektfreigabe und beschlossenen Prozentsatz. Der Verwaltung wird ermöglicht, abweichend von der bisherigen Beschlusslage nach Vorliegen eines bepreisten, erweiterten Rohbau-LVs (Umfang gemäß Textvortrag) eine abschließende Projektfreigabe im Gemeinderat zu erwirken.

-
11. Beschaffung eines Löschgruppenfahrzeugs 10 (LF 10) für die Feuerwehr Ravensburg, Abteilung Taldorf, Löschgruppe Dürnast
 - Grundsatzbeschluss
 - Finanzierung
 - BeschlussVorlage: 2026/178

Beratungsergebnis: abgesetzt

-
12. Übernahme anteilige kommunale Gewährträgerschaft für die Mitgliedschaft der VBS Verkehrsbetriebe Schussental GmbH & Co. KG bei der KVBW-Zusatzversorgung (ZVK)
 - BeschlussVorlage: 2026/198

Beratungsergebnis: einstimmig beschlossen
Ja 39 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Beschluss:

Der Baubürgermeister, als Vertreter der Ravensburger Verkehrs- und Versorgungsbetriebe / der Stadt Ravensburg in der Gesellschafterversammlung der VBS Verkehrsbetriebe Schussental GmbH & Co. KG, wird ermächtigt, folgendem Punkt zuzustimmen:

Die Stadt Ravensburg übernimmt für die Mitgliedschaft der VBS Verkehrsbetriebe Schussental GmbH & Co. KG bei der Zusatzversorgungskasse des Kommunalen Versorgungsverbandes Baden-Württemberg (ZVK) eine anteilige Gewährträgerschaft entsprechend ihres Beteiligungsanteils an der VBS Verkehrsbetriebe Schussental GmbH & Co. KG in Höhe von 47 %.

-
13. Entscheidung des Oberbürgermeisters während der Sitzungsferien anstelle des Gemeinderates
- Beschluss
Vorlage: 2026/197

Beratungsergebnis: einstimmig beschlossen
Ja 39 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Beschluss:

Für die Dauer der Sitzungsferien wird dem Oberbürgermeister das Recht übertragen, anstelle des Gemeinderates in dringenden, unaufschiebbaren Angelegenheiten des Gemeinderates und der Ausschüsse zu entscheiden, ohne dass der Versuch der Einberufung einer außerordentlichen Sitzung des Gemeinderates vorausgehen muss.

-
14. Bekanntgaben, Verschiedenes (ggf. Tischvorlage)

Beratungsergebnis: zur Kenntnis genommen

Ergebnis:

s. Niederschrift

Amt für Kommunikation, Politik und Gesellschaft
15.07.2026

gez. Ulrike Engele
Schriftführung